

# Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

## Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abbestellern und beim Bezuge durch die Post 1,00 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,10 Mark.

Für die Schriftleitung  
verantwortlich  
Carl Zburmann



Druck und Verlag  
E. Ehrmanns Buchdruckerei,  
Rheinsberg

## Anzeigen

Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6 gepaltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis bormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 16

Fernsprecher

Donnerstag, den 6. Februar 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

— Berlin, den 5. Februar 1930.

## Chronik des Tages.

Die Reichsregierung hat neue Vorschläge zur Entschädigung der Liquidationsgeschädigten unterbreitet.

Der neue Postminister der Vereinigten Staaten, Sadell, der am Mittwoch in Berlin eintraf, wird dem Reichspräsidenten in Kürze sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Für Montag wird die Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Vertrags über die Roggenausfuhr erwartet.

Der Bundeskanzler Deutsch-Oesterreichs, Schöber, der gegenwärtig in Rom weilt, trifft am 22. Februar zu einem zweiseitigen Aufenthalt in Berlin ein.

Der Ordinarius für iranische und armenische Philologie an der Universität Berlin, Professor Dr. Joseph Martwart, fiel in der Nacht im Alter von 65 Jahren einer Leichensvergiftung zum Opfer.

Vom 22. bis 26. Mai findet in Breslau ein Reichstagskongress der deutschen Landwirte statt, auf dem zu allen Berufs- und Standesfragen Stellung genommen wird.

In Passau ist die Brauerei Stadthauer A.-G. vollständig wiedergegründet.

Der türkische Prinz Abdul Kadir, ein Sohn Abduls Samids, der in Budapest als Kapellmeister einer Jazzband tätig ist, wurde wegen Nichtzahlung seiner Miete behördlich ermittelt.

Auf dem Rente-See ist jetzt auch das zweite verunkunte Schiff des Kaiser Caligula sichtbar geworden.

## Was fordert der Osten?

Von

Landeshauptmann Dr. Caspari-Schneidemühl.

Wir verstehen im Osten durchaus die große Anteilnahme, die die deutsche Öffentlichkeit bisher dem vom Kuberrieg und von der Belagerung schwer betroffenen Westen wie auch dem hartgeprüften Saargebiet zugewandt hat. Es wäre durchaus verfehlt, anzunehmen, daß der Osten über seinen eigenen Mitten vergessen hätte, auch in wertvoller Hilfe der Volksgenossen des Westens zu werden. Aber das deutsche Volk hat nunmehr die Pflicht, mehr als bisher seine Anteilnahme auch dem deutschen Osten, von der Dniez bis herunter zu den Süden zuzuwenden; denn das hier ist und was hier droht, greift so stark an den Bestand des ganzen Volkes, daß weitere Unterlassungen einen nicht mehr wiedergutzumachenden Schaden bedeuten würden.

Der verlorenen Krieg hat dem Vaterlande im Osten die tiefsten Wunden geschlagen. Die widerrechtliche Grenzsetzung äußert sich z. B. in der Zerschlagung der Verkehrswege. Es sind bekanntlich nicht weniger als insgesamt 68 Eisenbahnlinien, 144 Kunststraßen, 729 sonstige Landstraßen einfach roh durchschnitten worden. Diese unmittelbaren Verluste bilden den einen Teil des dem deutschen Osten überhaupt erwachenden Schadens. Nicht minder schwer sind die Auswirkungen solcher Amputationen auf den Gesamtkörper, auf seine Lebens- und Arbeitsfähigkeit. Die Auswirkungen bestehen einmal in den riesigen Arbeitsverlusten infolge der wirtschaftlichen Abdröpfung durch die fremden Nachbarländer und zum anderen durch die Wirtschaftskrisen der Dröpfung vom Reichslande. Das Verbrechen der östlichen Randstaaten zielt durch höchste Zollstrafen ganz offenbar darauf ab, die deutschen Handelsinteressen keinesfalls zur Entfaltung kommen zu lassen, um die wirtschaftliche Entfaltung jenseitiger für sich selbst auszunutzen und die alten Absatzgebiete an sich zu reißen.

Diese Abdröpfung trifft in erster Linie die Ostprovinzen, die vor dem Kriege den größten Wirtschaftsverkehr nach dem ganzen Osten Europas unterhalten haben. Denn dem deutschen Osten ist ja nicht nur die Abtretungsgebiete verlorengegangen sondern sein Handelsverkehr hat durch die autoritären Bestimmungen der Nachbarländer auch die Absatzgebiete in den Nachbarstaaten des alten Reichsland und Oesterreich zu einem erheblichen Teile verloren. Die Eigenwirtschaft der Nachbarländer aber ist darauf abgestellt, durch die Gefaltung der Frachten eine vorzügliche Benutzung der eigenen Bahnlinien zu erreichen.

Um einmal einen Einblick in die Tarifpolitik zu gewinnen, vergleiche man die Frachtsätze für die Strecke Ost-Oberhessen nach Göttingen und West-Oberhessen nach Stettin. Bei dieser nahezu gleichen Strecke beträgt nämlich die Fracht für 1000 Kilo Steintohlen über die polnische Bahn nach Göttingen 3,30 Reichsmark, über die deutsche Bahn nach Stettin 9,20 Reichsmark; Koblitz zur Ausfuhr über See aber polnische Bahn nach Göttingen 7,62 Reichsmark und über deutsche Bahn nach Stettin 12 Reichsmark. Bei der Dickschiffahrt liegen die Dinge nicht viel anders. Das niederholländische Kohlengebiet exportierte früher 40 v. H. seiner Kohle nach Oesterreich, dagegen in seine Nachbarstaaten heute nur 4 v. H.

Zur natürlichen tritt noch die künstliche Wirtschaftskrisen, wie sie in der die östlichen Wirtschaftskrisen nicht genügend berücksichtigenden Frachtpolitik der deutschen Reichsbahn, den Handels- und Zollstrafen, sowie der Tarifpolitik der Fremdstaaten, nicht zuletzt auch in der Vernachlässigung des Ostens beim Ausbau seines Verkehrsnetzes, urächlich begründet ist. Die Forderung nach einer Frachtpolitik, die der heutigen Kredit- und Zinspolitik ihre wichtigsten Ursachen hat. Die Landwirtschaft bildet aber das Rückgrat der Wirtschaft im deutschen Osten, und die Lage der Landwirtschaft ist ein getreues Spiegelbild des Notstandes, in dem sich hier Land und Volk befinden!

Der tiefste Grund der Landwirtschaftsnot liegt in der Rentabilitätsverschlechterung, in dem Mißverhältnis zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugung einerseits und den Kosten der gesamten Betriebsführung andererseits. Während die Preise der landwirtschaftlichen Produkte im Jahre 1928 einen Index von 132,6 aufwiesen, betrug der Index für industrielle Fertigerwaren 158,6 für Konsumgüter sogar 174,9. Dazu tritt die starke Verschuldung und zu ihr wieder die höhere Verzinsung. Helfen kann dem Landwirt nur eins: das sind feste Preise für Agrarprodukte, so daß er die Möglichkeit hat zur Kalkulation und damit zur Wirtschaftsgestaltung und gegebenenfalls zur Wirtschaftsumstellung.

Die Folgen der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Ostens äußern sich naturgemäß auf allen Gebieten. Sie äußern sich in dem geringen Volksvermögen, sie äußern sich auf dem Arbeitsmarkt und schließlich auch im Kultur- und Wohlfahrtsfaktor und sie haben ihre ganz besonderen und gefährlichen Auswirkungen auf dem Gebiete der Bevölkerungsbewegung durch den starken Wanderungsverlust gegenüber der starken Bevölkerungszunahme in Polen.

## Fünf Young-Gesetzentwürfe.

Erste Lesung im Reichstag am Dienstag. — Das Reichskabinett prüft Finanzfragen.

— Berlin, 5. Februar.

Am kommenden Dienstag tritt der Reichstag zur ersten Lesung der Gesetzentwürfe zur Durchführung des Youngplans zusammen, nachdem das Plenum des Reichsrats den Vorlagen am heutigen Mittwoch seine Zustimmung erteilt hat. Insgesamt werden dem Reichstag fünf Gesetzentwürfe vorgelegt werden, nämlich: der Youngplan mit der Saager Abkommen, das neue Reichsbudgetgesetz, das Reichsbudgetgesetz, das deutsch-amerikanische Sonderabkommen und endlich die Liquidationsabkommen einschließlich des deutsch-polnischen Vertrags.

Die Reichsregierung wird sich im Reichstag für die Verabschiedung der Vorlagen einsetzen. In den Kreisen der Regierung ist man der Ansicht, daß mit den vorliegenden Abmachungen der Youngplan erreicht worden ist, was überhaupt durchzuführen möglich war. Hinsichtlich des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens vertritt man den Standpunkt, daß dieses Abkommen als ganzes angenommen oder abgelehnt werden muß.

Neben den Verhandlungen über die Durchführung des Youngplans sind auch die Besprechungen über die Anwendung der Finanzreform auf den neuen Reichshaushaltsplan und den Nachtragsetzt fortgesetzt worden. Der Reichsminister der Finanzen, Prof. Dr. Woldenhauer, hat dem Kabinett einige Vorlagen unterbreitet, deren Prüfung bereits begonnen hat. Die Rede ist auch von Entwürfen zur Reform der Arbeitslosenversicherung und zum Abbau der Soziallasten.

Die Verhandlungen über die umstrittenen Finanzfragen dürften die Steuersachverständigen noch einige Tage beschäftigen. Ueber den Verlauf dieser vertraulichen Beratungen erfahren wir, daß die Hauptschwierigkeiten diesmal in den stark voneinander abweichenden Auffassungen der Sozialdemokratie und des Zentrums zu suchen sind. So soll von sozialdemokratischer Seite eine Erhöhung der Erbschafts- und der Vermögenssteuer sowie eine Sonderbesteuerung der hohen Einkommen im Interesse der Ausgleichung des Haushaltsplans angeregt sein; der Einspruch gegen diese Pläne soll insbesondere vom Zentrum ausgegangen sein.

In der Frage der Erhöhung der Bier- und der Umsatzertrag geben die Meinungen gleichfalls auseinander, wenngleich man jetzt hofft, Zentrum und Bayerische Volkspartei für eine Erhöhung der Biersteuer gewinnen zu können, vorausgesetzt, daß das Mehrertrögen dem bayerischen Staat verbleibt.

## Entschädigungsvorschläge der Regierung.

— Berlin, 5. Februar.

Zu dem mit Polen getroffenen Liquidationsabkommen wird mitgeteilt, daß die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten nunmehr auf die Reichsregierung übergegangen ist. Das Reichskabinett habe bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der neue Entschädigungsvorschläge enthalte. Der objektive Wert der Streitfälle soll durch ein Schiedsgericht festgestellt werden, wobei das Reichsgericht als Berufungs- und Revisionsinstanz gilt. Reichsregierung, Reichsrat und ein Ausschuß des Reichstags sollen für das Entschädigungsverfahren genaue Richtlinien festlegen.

## Mordgeständnis für Geld.

Das Rätsel um den Kulmbacher Mord. — Eine Erklärung der Familie Meußdorffer.

— Kulmbach, 5. Februar.

Unter dem Verdacht, im November vorigen Jahres seine Frau ermordet zu haben, sitzt der Kulmbacher Kommerzienrat Meußdorffer in Bayreuth in Untersuchungshaft. Die Familie ist von seiner Unschuld überzeugt, und die Verteidigung brachte in diesen Tagen die Meldung in die Öffentlichkeit, zwei andere Personen, Schuberth und Kopp, hätten gestanden, den Mord gemeinsam verübt zu haben.

Daraufhin sprach eine Bayreuther Zeitung von einem angeblichen Brief des Vaters des verhafteten Kommerzienrats Meußdorffer, der an die Frau des Arbeiters Schuberth geschrieben war, und in dem der Bruder Meußdorffers vertritt, 6000 Mark zu zahlen, wenn sich ihr Mann als Täter bekenne.

## Die Sensation.

Am Dienstag hat dann die Familie des inhaftierten Kommerzienrats der Presse eine Mitteilung übergeben, in der sie die finanzielle Zurechnung zwar zugibt, aber betont, daß diese im ausdrücklichen Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft und dem Untersuchungsrichter gemacht worden sei.

Nach dieser Mitteilung war Schuberth, der mit Zuchthaus und Gefängnis vorbestraft ist, seit dem 11. November, etwa einer Woche nach der Mordnacht, zur Verhütung vor fünf Monaten Gefängnis in Straßburg. Der Polizei-Direktionskommissar Schiffer hatte kurz vorher erfahren, daß Schuberth und Kopp vor einigen Wochen den Plan bebrochen hatten, den Kommerzienrat Meußdorffer nachts zu töteln und zu „verschüttern“, also beiseite zu schaffen, um ihn gegen ein Lösegeld von 50 000 Mark wieder freizugeben.

Schiffer nahm nun an, Schuberth habe kurz vor Antritt der Strafe für seine Familie noch Geld beschaffen wollen. Er beauftragte Schuberth in der Gefangenenanstalt. Dort sagte Schuberth zu ihm:

„Wenn der junge Meußdorffer meiner Frau 5000 Mark bezahlt und mir meine Frau dies im Gefängnis mitteilt, dann sage ich, was in dieser Nacht vorher und nachher war.“

Inzwischen war auch Kopp unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet worden.

Staatsanwalt und Untersuchungsrichter waren dagegen, daß die Familie Meußdorffer der Frau Schuberth Geld verleihe. Auf die Vorstellungen des Verteidigers hin wurde Kommissar Schiffer ermächtigt, Schuberth allein zu verbürgen.

Schiffer befehligte dann dem Schuberth, schriftlich, daß bei seinem Geständnis seine Frau 1000 Mark und nach rechtskräftiger Beurteilung restliche 5000 Mark bekommen solle. Schuberth gestand den Mord. Gleich darauf hat, so erklärt die Familie, auch Kopp nach vierstündigen hartnäckigen Zeugen unter Tränen gestanden, ohne vom Geldverprechen zu wissen, nur durch die beladenden Indizien bedrängt.

## Wie der Mord verübt sein soll.

In seinem Geständnis schilderte Schuberth, er und Kopp seien zunächst in eine unterirdische Gartenkammer eingedrungen. Dort hätten sie sich aus dem Futter einer Toppe des Gärtners Gesichtsmasken geschnitten, und Kopp habe die Toppe angezogen. Dann seien sie am Blisabalter in die Höhe gestiegen und in das Schlafzimmer eingedrungen. Im Frau Meußdorffer, die bald danach ermordet sei, am Schreien und Krägen zu verhindern, hätten sie Knobel und Pfeifen benutzt. Dann hätten sie angefangen, das Zimmer nach Wertachen zu durchsuchen. Durch das plötzliche Auftauchen eines Lichtes im Hause seien sie aber aufgeschreckt worden und geflohen. Frau Meußdorffer habe in diesem Augenblick noch gelebt. Unterwegs habe Kopp die Toppe des Gärtners ausgezogen und weggeworfen.

Toppe und Masken sind inzwischen von der Polizei aus einem Versteck herausgeholt worden.